

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Biertischblatt in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. Beilage 10.20 M.— Ausgabe B 9.45 M.— In Dresden und ganz Deutschland kostet Ausgabe A 10.65 M.— Ausgabe B 9.90 M.— Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Freitagen nachm.— Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Auszeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.— Preis für die Zeit-Spätzeitung 1.40 M., im Nachmittel 0.50 M., Familienanzeigen 1.30 M.— Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch Vermiseter aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit nicht übernehmen.

Wie lange noch?

Die Menschen leben in den Tag hinein, wie wenn wir nicht ein armes besiegtes Volk wären, sondern uns Augus und Leichtsinn ungefährt leisten würten. Es wird einem angst und bangt, wenn man das Treiben von heute ansehen muß, wobei man nur im Zweifel ist, aber was man mehr erfreuen sein muß: über die Sorglosigkeit, die Planlosigkeit und die Schwäche und Nachgiebigkeit von oben, oder die wahnwitzige Verbündung, die entzückende Verantwortungslosigkeit und den schwulen Leichtsinn von unten.

Wie lange noch? Diese erschütternde Frage müssen wir uns Tag für Tag, Stunde für Stunde zurrufen. Diese Frage müssen wir an diejenigen richten, die unser Schicksal zu führen vertraut sind, wie müssen sie aber auch an uns selbst richten! Einsehre tut not, strengste Einsicht, denn wir taumeln in den Abgrund!

Jeder sieht das Verbergenen nahen, aber man verschließt geistigesicht die Augen. Jeder fühlt: So kann es nicht weiter gehen! Und trotzdem wird der Kopf in den Sand gesteckt in dem Gedanken: nur von nichts wissen wollen! Unter denjenigen, die vergangens rufen und mahnen, und unter denen, welche die Schicksalsstunde für Land und Volk als Verantwortliche mit schärferlicher, schwerer Gewalt herausfordern sehen, unter all diesen herrscht nachgerade ein Gefühl des: „Mette sich, wer kann“! Das Schlimmste, das Alleschlimmste ist, daß diesen Besen unter uns das bösische Recht von Glaube und Vertrauen an die Kraft und Tugend des Volkes schnellteidet. Wo bleibt da die leichte Stütze, wo der Anker, an dem wir uns in der Todesstunde hieltnieren können? . . .

Wie lange noch? Der Politiker fragt es sich, wenn er blaßblässe im Innern anfehlt. Die heutige Lage gleicht einem willenslosen und herzlosen Westen! Wir können trotz aller Mühen und Anstrengungen keinen festen Boden gewinnen. Die Versicherung geht weiter, wenn nicht offen, dann verdeckt. Der Radikalismus geht stärkere Macht aus den zerstörten Verhältnissen, als wir uns alle träumen lassen.

Der Volkswirtschaftler fragt sich: Wie lange noch hält das deutsche Wirtschaftsgebäude der Unterdrückung stand, die immerfort weiter steht und die diesen einsatz quaderfest gefügten Bau der deutschen Volkswirtschaft bis zur Sprengung reiß gemacht hat. Kaum, daß mit Mühe und Not ein Haß überdeckt wurde, lassen an anderen Stellen Duhende wieder übersteigen auf.

Der Finanzpolitiker vor allem fragt sich schaudernd: Wie lange noch? Wohin sollen wir kommen, wenn es auch nur noch einige Wochen so weiter geht, wie bisher? Wo ist die Steuer- und der Bürger heute mehr als je ein Eselsohr unter den ganzen Wirtschaftsbauern? Wo aber auch ist die Steuerautorität der Regierung? Kann eine Regierung Anspruch darauf machen, gesucht und unterstützt zu werden, die zu schwach und zu nachgiebig ist, um ihre eigenen, sicherlich in bester Erkenntnis der Lage des Reiches getroffenen Vorschläge durchzuführen? Vorschläge überdies, welche die überwiegende Mehrheit der Volksvertretung billigst Wohl tragen wie, wenn Staatsabiotheit einzelst und die Regierung nicht die Kraft und den Mut findet, diesem gefährlichen Zustand mit größter Energie entgegenzutreten? Was ist es für eine trostlose Zeit, daß eine Steuerhöhe von heute eigentlich weicht, wie es mit den Steuern und ihrer Ausführung besteht ist, wenn eine Verzögerung von oben die andere jagt, und so ein heilloses Durcheinander entsteht, in dem sich niemand, am wenigsten aber die Steuerzahler selber sich austun kann? Schon sind die Gerissensten am Werk, welche das schärfsterliche Tohuwabohu bringen, um sich selber aus der Steuerhölle zu ziehen und schnell noch auf die Seite zu bringen, was irgend möglich ist!

Es sieht schlimm mit uns, und keine Faust ist zu spüren, die sonst dazwischen fährt! Wie lange noch wird es dauern, bis ein Schlag erfolgt, der schockierend die Peitschen mit schärfstem Weiser ausschüttelt?

Das ist die bange, angstvoll bange Frage, die uns heute beschäftigt. Denn es handelt sich nicht um das Schicksal einiger weniger, deren Verlust wir verschmerzen könnten, sondern es dreht sich um unser aller Sein, um unsere ganze Existenz als Volk und Reich!

Käuferstreit, Rohstoffmangel und Papiergeldwirtschaft

Im Reichswirtschaftsrat hat man sich dieser Tage angesichts des Käuferstreits und der Absatzschrumpfung auf verschiedenen Gebieten des Warenmarktes des langen und breiten über die Fragen unterhalten, welche sind die Ursachen dieser Erfahrungen und der daraus entstehenden Betriebsstillstellungen und Einschränkungen geworden, und auf welchem Wege läuft sich die Produktion wieder in Gang bringen.

Als Hauptgrund für die Absatzschwierigkeiten wurde angegeben die mangelnde Kaufsfähigkeit des Publikums infolge zu hoch gestiegener Warenpreise. Die Schuld an leichteren Hinweisdeutungen wurde je nach der Sichtung des sich an den Förderungen beteiligenden Persönlichkeiten unterschieden: die hohen Rohstoffpreise, Arbeitslöhne und Gehälter, Überspannung der Gewinnabschläge, Mängeln an der Selbstkostenberechnung, unzureichenden Produktions- und Betriebsmethoden. Als Voraussetzung einer dauernden Belebung und Gesundung der

Wirtschaft wurde schließlich genannt eine Ausgleichung der Wartungspreise an die Kaufkraft des Publikums, ein Preissabbau.

Wie soll nun dieser Preissabbau erreicht werden? „Ein wirklich durchgreifender Preissabbau“, so heißt es in der Erörterung zugrunde liegenden Denkschrift, „kann nur durch eine nach den Gegebenheiten höchster Wirtschaftlichkeit zu regelnde Mehrausproduktion, insbesondere auch in der Handwerkswirtschaft erfolgen. Es kommt weiter vor allem darauf an, den verarbeitenden Gewerben eine wirksame Kontrolle über die Preisbildung ihrer Rohstoffe und die der Verbraucher gestellten Preise der Herstellerfabrikate zu verschaffen. Auf diese Weise sollen also die Preise verbilligt und die Kosten kostengünstiger gemacht werden. Die Mehrausproduktion muß u. E. aber nicht nur bei der Handwerkswirtschaft, sondern in der fortgeschrittenen Reparatur, der Kohle, einzehen. Wie sehr hier die Erzeugung dem Bedarf nachhaut, ergibt eine neuzeitliche Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die augenblickliche wirtschaftliche Lage Deutschlands. Nach dieser hatten wir 1913 an Steinkohle eine innerdeutsche Erzeugung von 190.1 Mill. Tonnen einen Verbrauch von 157.7 Mill. Tonnen; der Rest wurde eingeschleppt. Heute steht uns davon nur noch die Hälfte zur Verfügung, die Denkschrift beziffert den Kohlenmangel infolge „produktionsmindernder Faktoren“ auf nicht weniger als 82 Millionen Tonnen. Und zwar berechnet sie die Verluste infolge Gebietssubventionen auf 17, infolge der Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 und infolge verringerter Arbeitseleistung auf 20 Millionen Tonnen. Dieser Mangel an Kohle hindert uns, die Eisenherstellung zu erhöhen, behindert uns vor allem darin, die chemische Industrie in vollen Gang zu bringen. Unter dem Kohlemangel leidet diese doppelt, da die Kohle ihr nicht allein als Brennstoff, sondern auch als Rohstoff dient. Aber auch die sonstigen Industrien, in denen aus Rohstoffen des Inlandes genau zur Verfügung stehen, wie die Baustoffindustrie, die Glas- und Porzellanindustrie, vermissen wie bisher nicht in vollen Gang zu bringen. Auch hier stand immer wieder der Kohlemangel einer vollen Aufnahme des Betriebes als Hindernis im Wege.“

Hier rächt sich der Kohlemangel um so bitterer, als die vorangennannten Industrien zugleich Ausfuhrindustrien sind, die in ihrer Ausfuhrfunktion stark lähmgelebt waren. Können wir aber ausführen, dann können wir auch unsere große Bevölkerung hinreichend beschäftigen und erhalten für untergeordnete Zwecke. Gegenleistungen, um aus Rohstoffen und Lebensmitteln zu beschaffen und bei entsprechendem Bedarf unter nicht zu hohen Preisen auch andere Industriezweige mehr in Betrieb zu setzen. Was Rohstoffmangel für eine Industrie bedeutet, sehen wir an unserer Textilindustrie. Sie ist fast ausschließlich auf ausländische Rohstoffe angewiesen. Im Inland werden nur geringe Mengen erzeugt: im Jahre 1913 an Wolle 6000, an Flachs 3800 Tonnen. Dazu kommen 55 000 Tonnen aus Lumpen hergestellte Kunstmolle. Aber was bedeutet das für den genötigten Bedarf einer Industrie, die bereits 1907 in 136 000 Hauptbetrieben und 25 000 Nebenbetrieben nicht weniger wie 1.1 Millionen Personen beschäftigte! Ihr Bedarf erhöhte über 1913 folgende Einschätzungen: Baumwolle 505 000, Wolle 119 000, Flachs 62 000, Seide 6300 und Zude 154 000 Tonnen im Gesamtwerte von 1½ Milliarden Mark. War sind seit dem Herbst 1919 wieder größere Mengen an Rohstoffen nach Deutschland gelangt, hauptsächlich Rohbaumwolle. Aber sie erreichen bei weitem noch nicht den Vorriegstand. Im März 1920 kamen z. B. insgesamt 20 600 Tonnen Textilrohstoffe hervor gegenüber 70 500 Tonnen monatlich im Jahre 1913. So hatte denn die Textilindustrie im März auch nur einen Beschäftigungsgrad von 40—45 Prozent des Friedensstandes erreicht.

Sowohl die heutigen hohen Warenpreise eine Folge der gewaltig gestiegenen Rohstoffpreise und eine Überspannung der Erzeugerpreise seien sollen, so dürfen wir hier unter keinen Umständen auch die Wirkungen der abgetriebenen Papiergeldwirtschaft, der Inflation, übersehen. Die Konjunktur, Wochenschriften für Kapital und Wirtschaft, hatte nicht unrecht, wenn sie vor kurzem (Nr. 43/44) schrieb: „Dass so gewaltige Gewinne gewonnen werden konnten, daran sind die Wirkungen der Papiergeldwirtschaft ganz allein schuld. Denn bei der rasenden Wertveränderung aller Waren kann ein Betrieb nur noch leistungsfähig bleiben, wenn er so viel verdient, daß er die nötigen Rohstoffe und Betriebsmaterialien, die Arbeitskräfte und Umlösen für die wie bisher der Menge nach gleich starke Gütergewinnung bezahlen kann. Bei dem Tempo der Wertentwertung kommt jeder Betrieb zurück, der nicht ein Mehrfaches von dem verdient, was er bisher verdient hatte. Es ist gewiß eine ganz ungemeine Erleichterung, daß es so ist, aber unter einer Papiergeldwirtschaft müssen sich eben solche Ereignisse entwickeln. Wenn wir also in der Papierzeit heute die erste und hauptsächlichste Ursache des wirtschaftlichen Niederganges erblicken, so sind wir doch keineswegs blind für die anderen Ursachen der Preissteigerung. Wir haben wahrhaftig die Wirkungen der Inflationswirtschaft auf die Preisbildung oft genug hervorgehoben, aber sie treten augenblicklich nicht hinter der Verherrigung, die die Papiergeldwirtschaft anrichtet.“

Hier können weniger die Mittel einer noch so gut gemeinten Preispolitik helfen als diejenigen, die einen Abbau der Papierwirtschaft erfordern: Einführung der Papierdruckprüfung, weitgehende Steuerpolitik und eine gerechte Steuererhebung. Diese Mittel dürften mehr als alle anderen geeignet sein, die Kaufkraft des Volkes wieder zu erhöhen bzw. billigere Preise zu verschaffen. Das ergibt sich wieder der außerordentlich enge Zusammenhang zwischen unserer Finanzpolitik und den Fragen unserer Wirtschaftsgestaltung.

Kapitalbeschaffung

Eine neue Art der Kapitalbeschaffung ist neuerdings in der Großindustrie zu beobachten. Es handelt sich um die Ausgabe von Vorfürschaften, die im Grunde doch nichts anderes als festverzinsliche und rückzahlbare Obligationen sind. Dieser Weg der Kapitalbeschaffung, der auch vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt aus größte Aufmerksamkeit wert ist, hat jetzt die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft beschriften. Sie hat zu ihrem bis jetzt 251 Millionen Mark beträglichen Aktienkapital eine Erhöhung um weitere 250 Millionen Mark beschlossen, die in Form von sechsprozentigen Vorfürschaften mit einfacher Stimme ausgegeben und von denen 100 Millionen Mark in öffentlicher Rechnung untergebracht werden

sollen. Diese Vorfürschaften sollen — und darin drückt sich neben der festen Verzinsung, die für Altien sonst nicht üblich ist, die neue Eigenart der Transaktion aus — vom Jahre 1925 an zu 11½ Prozent zurückgezahlt werden können. Es handelt sich bei diesem neuen Kapitalbeschaffungsmodus also nicht nur darum, neues Kapital zu beschaffen, sondern sich dessen auch unter günstigen Bedingungen wieder entledigen zu können, sobald die Verhältnisse des Unternehmens und die Lage des Volkes das solches vorteilhaft erscheinen lassen. Eine Kapital-Vorfürschaft durch Ausgabe von Stammaktien oder von gewöhnlichen Vorfürschaften hätte die Gesellschaft die Verpflichtung aufgelegt, ein um 250 Millionen Mark vergrößertes Aktienkapital dauernd zu verfügen, was bei weiter steigendem Geldwert eine sehr schwere Last werden könnte. Bei der Ausgabe von Obligationen wiederum wäre die Gesellschaft an einem festen Tilgungsplan gebunden, der unter Umständen manche Unzufriedenheiten hätte haben können. Man kann wohl genötigt sein, zu früh tilgen zu müssen, als auch verzögert sein, in einem der Beiträge entsprechend schwächeren Tempo die wirtschaftsmögliche Tilgung vorzunehmen. Mit der Ausgabe von Vorfürschaften, die ab 1. Januar 1925 zu 11½ Prozent eingelöst werden können, hat sich der R. E. G. die Möglichkeit geschaffen, daß neue Vorfürschaften wieder abstoßen zu können, falls nach fünf Jahren der Geldwert weiter eine steigende Richtung eingeschlagen sollte, was wohl allgemein angenommen wird. Der Obligationenkupon in Form der rückzahlbaren Vorfürschaft stellt sich somit in ein sehr gefüllt gewordenes Mittel dar, eine außergewöhnliche Schule unter Anpassung an die Lage des Geldmarktes und den jeweiligen Verhältnisse der schuldnahen Gesellschaft kann zu können, ohne dabei von einem festen Tilgungsplan abhängig zu sein.

Generalstreitspropaganda

Die Generalstreitspropaganda wurde in ihrem ganzen volksgeschichtlichen Umfang wieder einmal durch Münchner Geschäftsmänner offenbart. Die Verkündung der Delegierten des Münchener Gewerkschaftsbundes und der Färsche der großindustriellen Gruppen des Betriebsrates hat einstimmig beschlossen, durch den Deutschen Gewerkschaftsbund an die Reichsregierung ein Ultimatum zu stellen, in dem ein fühlbares Preissabbau gefordert und im Falle des Vertrags der Regierung in den Generalstreit eingetreten werden soll. Die Verhandlung dieses von einem Vertreter der R. E. G. formulierten Antrages zeigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits. Auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines Generalstreits, auf die Frage des Vorsitzenden Friedl M. S. B., wie sich der R. E. G. Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften vorstellt und auf die Fällung, daß der Generalstreit ein plötzliches Verbrechen an der Arbeiterchaft sei, fiel die R. E. G. gestellt und dann von einem Vertreter der R. S. P. formulierte Antrage, zeitigte eine ziemlich erstaunte Ausprache. Über die Mäßigkeit und die Forderung eines

Rückbildung des Lohnarbeits im Ruhrbergbau

Essen. 24. August. Die Bergarbeiterverbände haben den Lohnarbeits im Ruhrbergbau gefordert und fordern eine Lohnverhinderung von 6 Mark für die Schicht für die Untergangearbeiter und von 80 Pf. für die Stunde für Übergangearbeiter.

Dr. Peters über die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes

Berlin, 24. August. (Eigene Nachr.) Den Vertretern der Presse hielt der Reichsentwaffnungskommissar Dr. Peters einen eingehenden Vortrag über die ihm gezeigte Aufgabe, das Entwaffnungsgesetz durchzuführen. Dr. Peters entwaffnungskommissar machte mit seinem ruhigen und sicheren Auftreten und seinem klaren Vortrag einen außerordentlich guten Eindruck, der die Anwälte darüber, daß es ihm gelingen wird, unbedingt durch die Angriffe von rechts und links die Verhinderung des Entwaffnungsgesetzes durchzuführen. Er selbst hält eine resolute Entwaffnung für durchaus notwendig und glaubt, daß erst dann, wenn sie erreicht ist, die Grundlagen zu einer stetigen Acht ist des deutschen Volkes gegeben sind. Für die Durchführung des Entwaffnung liegen ihm nach dem Gesetz sowohl friedliche wie gewaltige Maßnahmen zur Verfügung. Der Entwaffnungskommissar betonte, daß er unter allen Umständen erst alle friedlichen Mittel erschöpft will, ehe er zu gewaltigen Mitteln seine Auflösung nimmt. Bei jeder Anwendung des größten Mittels hält er die Durchsetzung seiner Aufgabe für unmöglich. Als friedliche Mittel sind in erster Linie die allgemeine Unzulässigkeit, die vom Gesetz vorgeschriebene Freiheit für die Abstimmung und eine in Aussicht stehende Entschädigung für die Abstimmung zu nennen. Gilt, wenn sich diese Mittel nicht als endlos erachten haben, wird zur gewaltsamen Durchsetzung und Verhinderung erachteten werden und danach, wenn sich Widerstand zeigen sollte, die Sicherheitswehr als auch die Reichswehr einzuziehen. Der Entwaffnungskommissar hat aber die Hoffnung, daß er auf Friedlichen Wege schon zu einem einigermaßen guten Resultat ankommen wird. Die allgemeine Abstimmung könnte nicht vor dem 15. September festgesetzt werden, da es notwendig ist, eine weitverbreitete Organisation zur Abstimmung einzuführen. Die Organisation der Entwaffnungsbefreiung soll sich in der Hauptstadt auf die bereits bestehenden Verbände stützen.

Die Orgesch vor dem Reichskabinett

Berlin, 24. August. Das Reichskabinett befindet sich in der ersten Sitzung mit der Behandlung der Organisation Orgesch. Die Reichsregierung war einmütig der Ansicht, daß dieser Organisation keine Ausnahmegenehmigung zu gewähren sei und daß der Reichskommissar für Entwaffnung schon mit Recht auf den Friedensvertrag und die Abmachungen von Spa nicht anders in handeln habe als andere Staatsräte. Am Berbot der Organisation Orgesch durch die wünschliche Reckierung Beleidigung zu nehmen, lag bei dem überwältigenden Charakter der Reichsregierung kein Anlaß vor, da die Handbeleidigung des Berbots und Verfassungsgesetzes in den Händen der Körner liegt, und es den Betätigten freit steht, über die Rechtmäßigkeit des Berbots die gerichtliche oder verwaltungsgerechtliche Entscheidung herbeizuführen.

Nachrichten aus Sachsen

Der Zoll-Berger und die Orgesch im parlamentarischen Ausschuß

Die Nachrichten stellte in der Staatskanzlei verdeckt über die Sitzung des parlamentarischen Ausschusses der Volkskammer nachstehende Mitteilungen:

Seite mittler trat der von der Volkskammer für die Zeit ihrer Tagung eingesetzte parlamentarische Ausschuss zu einer Sitzung zusammen, um von der Regierung vor allem Mitteilungen über die Zoll-Berger "entgegenzunehmen" und eine Rücksichtnahme darüber zu erhalten, welche Verhandlungen der Zoll-Berger mit dem Reichstag und dem Vertreter des Justizministers bestätigt, beantragt und die Vertreter des Justizministers berichtet seien über die Entwicklung und den Verlauf der Entgegensetzung und bestreiten die Anordnungen, die die Regierung getroffen hat. In der Sitzung erhielten eingehende Ausführungen, daß der Zoll-Berger die Rechenschaft darüber ablegt, daß die Regierung eine Menge von den Vertraten der Traditionen annehmen kann, daß vornehmlich das größte rechtliche und politische Interesse befand, die Regierungsarbeit restlos anzufallen und daß die Regierung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen alles getan hat, was sie zur Ausführung des Zolls tun konnte. Es bestand auch Einverständnis darüber, daß die neue polizeiliche Funktion ame Berger unter den gegebenen Umständen gerechtfertigt war. Zu der Angelegenheit selbst fand die Sitzung zu schließen, daß die Zustimmung bei dem heutigen Stande der Erörterungen nicht möglich ist. Es ist nun Sache des eingesetzten Strafgerichtlichen Einstellungsvorhabens, den Fall weiter zu prüfen.

Der Ausdruck nahm dann noch Mitteilung des Ministers des Innern über die Gründe entgegen, die zum Verbot des Orgesch geführt haben. Er nahm ferner davon Kenntnis, daß die Regierung festgeschlossen ist, allen verbotswidrigen Organisationen und allen Ver suchen, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu föhren — von welcher Seite sie auch ausgehen mögen — mit allen ihr in Gebot stehenden Wachtmitteln nachdrücklich entgegenzu treten.

Warnungssignale der Landessicherheitspolizei vor bewaffnetem Einschreiten

Aus der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird uns geschrieben: Die Bedeutung der Warnungssignale, die vor dem bewaffneten Eingreifen der Landessicherheitspolizei gegeben werden, ist vielfach, wie sich u. a. bei den Vorfällen in Böhmen gezeigt hat, nicht hinreichend bekannt. Da dies unter Umständen eine empfindliche Folgen haben kann, seien hier die äußeren Formen, in denen sich das Eingreifen der bewaffneten Macht vollzieht, nochmals dargelegt. Zugleich wird selbstverständlich ver sucht, die betreffende Menschenansammlung in Güte zum Auskundschaften zu bewegen. Es scheint bei Parolen die Annwendung der Waffengewalt geboten, so hat der Führer der Polizeibeamten die versammelte Menge dreimal, das letzte Mal mit dem Hingaußigen „Hans lebten Mal“ im Rahmen des Kreises zum Auskundschaften bei Vermeidung der Waffengewalt aufzufordern. Er erklärt zum Beispiel: „Am Namen des Geistes fordere ich Sie auf, bei Vermeldung der Waffengewalt auszukundschaften.“ Der Aufforderung ist möglichst durch ein weithin hörbares Signal einzuhören. Bleibt auch die dritte Aufforderung ohne Erfolg, so ist von den Beamten jeder erforderliche Gebrauch zu machen. Eine Parole und Signale bedarf es nicht 1. wenn die Befehlshaber auf sie einzuhören versuchen; 2. wenn sie sich gewalttätige Handlungen gegen die Befehlshaber oder gegen die Beamten oder dritte Personen aufzuhalten scheinen; 3. wenn sie fremdes Eigentum verleihen, entwohnen, zerstören und der Abwehr oder Verhaftung sich gewalttätig widersetzen; 4. wenn sie die mitgliederten Waffen oder gefährlichen Werkzeuge auf Aufforderung nicht niedergelegen oder sie bald darauf wieder aufnehmen oder sich der Entwaffnung gewalttätig widersetzen.

Aus Dresden

* Lebensmittelkartenbelieferung für die Stadt Dresden
Für „Kunstliche Pflanzmachungen“

* Fleischversorgung in der Stadt Dresden. In der laufenden Woche wird auf die Reichsfleischkarte Reihe D* Reichsfleisch mit Rindfleisch und Frischfleisch zu den in der Pflanzmachung enthaltenen Bestimmungen verteilt. Eine Sendung der Verkaufsstelle kommt noch nicht eintragen, da die Schlachttiere, deren Fleisch jetzt verteilt wird, noch zum höheren Preise übernommen werden.

* Schwerer Raubüberfall. Abermals hat sich in Dresden, wo die Unschärfe leider von Tag zu Tag wächst, ein schwerer Raubüberfall zugestanden. Vergangene Nacht ist der Inhaber einer Weinhandlung am Ropitz in der Nähe des Freiberger Platzes von einem unbekannten Mann überfallen und seiner Altersstube mit 25 000 bis 28 000 Mark beraubt worden. Als der Weinhandelsinhaber gegen 12 Uhr nachts, nachdem er sein Hotel geschlossen hatte, sich nach seiner im 1. Stock gelegenen Wohnung begabte wollte, kam unweit seiner Wohnungstür ein Unbekannter auf ihn zu, schlug ihm mit der Hand ins Gesicht und blies ihm die in der Hand gehaltene Taschenlampe aus. Dann packte er die Altersstube mit dem wertvollen Inhalt und ergriff die Flucht, wobei er seinen Stockhut und einen Schlüssel, mit dem er die Haustür geschlossen hatte, von sich warf. Die Polizei wird, wie folgt, beschreben: 22-24 Jahre alt, mittelgroß, trug dunkle Matrosenjacke.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

* Diözesanverband der katholischen Junglinsevereine. An alle katholischen Junglinge und Jungmänner ergeht die dringende Einladung zum Besuch des zweiten Sächsischen Katholikentages in Leipzig vom 24. bis 26. September. Es findet im Rahmen des Katholikentages besondere Konzertplauder statt. Am Montag, 10 Uhr vormittags Konferenz der Präsidenten der Junglinsevereine. Näheres wird noch bekannt gegeben.

* Dresden. Der Volksverein für das lath. Deutschland, Ortsgruppe Dresden-Stadt, veranstaltet am Sonntag den 29. August einen Sommerausflug. Treffpunkt an der Garnisonkirche (Heestraße). Dasselb. 2.30 Uhr Segensanbetung, hierauf Waldpartie nach Hellerau-Moschee. Im Erdgericht Kloster im Jägerndorfer Park, von 6 Uhr ab im großen reizvollen Saale Tanz und Vorstrafe. Alle Mitglieder und Freunde des Volksvereins sind dazu herzlich eingeladen. Der Ausflug findet bei jeder Witterung statt. Von Schenkbahnhaltspunkt der Linie Dresden-Döbeln drei Minuten bis Erdgericht Kloster.

Kirchliches

Die Einführung des neuen Probstes von Berlin

Die Katholiken Berlins hatten am Montag einen Freudentag. Seine Eminenz der Kardinal Fürstbischof Dr. Bertram kam selbst, der bei seiner Ankunft von der Bischofskonferenz zu Fulda wiederum in den Mauern der Reichshauptstadt weilte, führt unter Beteiligung des gesamten Klerus von Groß-Berlin, unter höchster Beteiligung der Gläubigen und der katholischen Vereine Berlins mit ihren Bühnen den neuen kirchlich-katholischen Delegaten Bischof Joseph Dietrich, ehemals Prälat in Siegburg, in sein neues Amt ein. Unter Vorantritt der Fahnendeputationen und der Berliner Kirchlichkeit und unter feierlichem Orgelläuten hielt der neue Delegat an der Seite des Kardinals seinen Einzug in die ihm nun angetraute St. Hedwigskirche. Nachdem die Urkunde seiner Ernennung zum kirchlich-katholischen Delegaten verlesen war, zelebrierte der neue Delegat seine kirchliche Hochamt. Vorher riefte der hohe Kirchenfürst Kardinal Dr. Bertram die tief ergreifende und mahnende Worte an die zahlreichen versammelten Gläubigen. Er gebaute der Not der Zeit und der Schwere des kirchlichen Zustandes ein. Er erinnerte die Gläubigen an, festzuhalten an ihrem Glauben, den Gefahren der Zeit zu trotzen und in dem Streben nach einem echten christlichen und katholischen Familienleben nicht zu ermüden. In keinem christlich-katholischen Hause möge eine Heirat oder eine Prese ihre Blüte finden, die die Kirche verhindere. Er ermahnte die Gläubigen zur Einheit und Einigkeit und zu treuer Gefolgschaft für den neuen Hirten, der als sein Stellvertreter den Dekanatvorsteher von Berlin nimmt zu verwalten habe. Er riefte seine Worte auch an die erschienenen Vertreter des Staates und der Gemeinde. Kirchliche und weltliche Autorität müssen Hand in Hand arbeiten, denn ihr Ziel sei ein einheitliches. Wie die weltliche Behörde die Grundamente legen wolle zu einer wohlgeordneten Rechtlichkeit, so legt die Kirche den Grund zu dem Gottesdienst an die Autorität, deren der Staat bedarf. Während des Gottesdienstes nach dem Evangelium hielt der neue Delegat eine kurze Ansprache an die Gemeinde. Anschließend an die kirchliche Feier kam im großen Saale des Gemeindesauses von St. Hedwig die Begrüßung des neuen Probstes durch die staatlichen und gemeindlichen Behörden von Berlin, sowie durch die katholischen Vereinheiten und Vereine statt. Gedenken waren vom Kultusministerium Regierungsrat Klemann, für die Gemeinde Berlin Schulinspektor Reimann und ein Vertreter des Polizeipräsidenten. Alle betonten den Wunsch, in Einigkeit mit der katholischen Kirche arbeiten zu wollen. Der Vertreter der Berliner Gemeindebehörden sprach im Auftrage des Oberbürgermeisters Bertram den Wunsch aus, daß mit dem neuen Delegaten eine Verbündete der katholischen Kirche einleife, die allem zum Segen gehe. Der neue Probst nahm diese Versicherungen als sehr wertvoll entgegen. Indem er noch einmal hervorhob, wie es schon während der kirchlichen Feier des Kardinal gelan hat, daß es nur natürlich sei, wenn die katholischen Behörden mit den kirchlichen Einflüssen leben.

Zum Tode des Herrn Kononius Nowak in Bautzen

Mitten aus seinem arbeitsvollen und arbeitsfreudigen Leben hat ihm Gott ih abgerufen. Am frühesten Sonntagmorgen hatte er noch in der Domkirche ein paar Stunden Weile gehabt. Vor dem Gottesdienst 7.30 Uhr erwachte ihn wieder eine Angabe Weihlaute in der wendischen Kirche. Hierauf hielt er die gesungene hl. Messe mit Predigt, verschloß noch einen Krankengang, um dann noch einem jungen Gefährten um 9.15 Uhr wieder in die Domkirche zu gehen, wo er wiederum Weihlaute hören wollte. Während er nun in der Sakristei das Kocher anlegte, erzielte ihn ein Hirnschlag, so daß er auf das Podium des Altarleidesters hinunterfiel. Die rechte Seite war gelähmt, Hand und Fuß wie tot, die Sprache gelähmt, so daß er nur noch wenige Worte vorbringen konnte. Nach dem Hochamt empfing er abschließend den vom Altar zurückgelassenen Kelch, den hl. Oelung und die Generalabsolution. Nach dem Gottesdienst wurde er im Krankenstube aufs Domstift überführt (keines bewußtlos), wohedst er dann, während seine anwesenden Konfratres die Sterbegabe verrichteten, seine Seele sanft ankuhrte, nachmittags kurz nach 1 Uhr. Der verstorbene hochw. Herr Kononius und Dieter, geboren am 6. Januar 1884 in Radebeul, erreichte nur ein Alter von 36 Jahren 7 Monaten und 15 Tagen. Mit ihm verließ das Domstift wieder eines seiner Mitglieder, die Domstifts ihren langjährigen und verblissvollen Direktor, und die katholische Gemeinde einen ersten Seelsorger.

Am Antrage der Lehrerschaft der evangelischen Bauherrn-Schulen widmet sich Herr Schulleiter Werner Salomon Röckers „Sonntag mitten stand unerwartet Herr Domstiftsdirektor Kononius Nowak. Als langjähriger Leiter der Domstift hat er sich durch seine hohe Berufsausübung, sowie durch die vornehme und liebenswürdige Art seines Umgangs die Verdienst und Gunstung aller seiner Mitarbeiter erworben. Sein Andenken wird von uns dankbar in Ehrn gehalten werden.“

* Dr. Kaufmann, Stiftsconservator des Winkels zu Bautzen, der ein Bruder des Präsidenten des Reichsverfassungskrates ist, und lange Jahre Abgeordneter des Centrums im preußischen Landtag war, ist auf der Burg Dargoslar im Kreise Jülich verstorben.

* Philippdorf i. Böhmen. Die Exequien für die Marien-

Gewerkschaftliches

Einheitliche Arbeitsordnung für die Textilindustrie

Die Verhandlungen über eine Industrieordnung für die gesamte Textilindustrie sind im Sozialen Ausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Kommissionsberatungen sollen so gefordert werden, daß in den Plenarsitzungen am 27. und 28. August die endgültige Beschlussoffnung erfolgen kann. Die Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften fordern die Mitglieder ihrer Verbände auf, weder in den Betriebs- und Untergruppen der Arbeitsgemeinschaft noch in den einzelnen Betrieben über die Ausstellung von Arbeitsordnungen zu beraten, bis ihnen das Ergebnis der Verhandlungen der Reichsarbeitsgemeinschaft durch ihre Verbandsleitung mitgeteilt ist.

Vorberichtsbericht

Sächsische Zentrumspartei, Deleggruppe Dresden

Beiträge zum Wahlkreis sind noch eingingen: Kellerjäger, 1. Wahlkreis 110 M., Binder 6 M., und H. Trümmer, 2. Wahlkreis 5 M., Unbenannt 4 M., Hirschfeld 5 M., Leichmann 5 M., Rudolph 5 M., R. Schmid 2 M., J. Dohrn 5 M., F. Käppel 2 M., H. Hobmaier 2 M., H. Herzer 2 M., Karl Sandner, Wien 6 M., Dr. Schmidt 5 M., Frau Thomas 4 M., Dr. Ritsche 5 M., G. Hösel 2 M., E. Hösel 1 M., Anna Klemm 1 M., Unbenannt 1 M., Dr. Budheim 10 M., Dr. Stiehl 5 M., Familie Knofel 2 M., B. Berichter 1 M., Bechel 2 M., W. Richter 5 M., Konrad 3 M., Schröder 3 M., Heidle 3 M., Hermann 5 M., Henle 5 M., Kuhn 50 M., Raup 5 M., Kretz 8 M., Reinhard 2 M., Witzmann 8 M., W. Denke 3 M., W. Röhr 3 M., W. Mahnke 3 M., Sieber 2 M., G. Röder 1 M., E. Wurz 2 M., Hoffmann 2 M., G. Kümpfer 3 M., G. Wurz 3 M., W. Lehmann 3 M., A. Götzow 3 M., Dr. Peter 3 M., W. Blümner 3 M., A. Rümlich 3 M., W. Adler 2 M., F. Adler, Pöschel 5 M., Hader 2 M., Davis 1 M., Unbenannt (Friedrichstadt) 5 M., Hollerbach 1. S. lath. Deutschland, Ortsgruppe Dresden-Mitte 80 M.

Weitere Spenden, besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen, werden jederzeit anhbar entgegengenommen.

Karl Fiedler, Dresden, Vorwerkstraße 5.

Potsdamer Straße 40 309, Reichsbankamt Leipzig, Bankkontor Sächsische Zentrumspartei bei der Akademie Deutschen Kreditanstalt, Dresden.

Theater

* Dresden. „Der Heimatlandshof“ nennt sich die Operette, neuheit über, wie der Theaterzettel will, der musikalische Schwanz der Quadriga Wolters — Vorles Märsch — Frey und Senger. Zur Wiederabreise des Inhalts genügt es zu sagen, daß der Heimatlandshof ein Herr August Lüdmann ist, als aus Dresden stammt, wo überigen die ganze Sache spielt. Wie besagter Lüdmann das begehrte Mädchen nicht bekommt, sondern nur die Mutter, und was sonst alles noch im Sprechzimmer eines Arztes geschieht sieht oder hört man sich am besten selbst an. Die Musik, im allgemeinen Allgemeinheit, enthält einfache „Schläger“, deren Wirkung aber zu zwei Dritteln auf ihre Stoffe Wiederholung zu buchen ist: „Alara Lüdmann hat 100 000 Gulden“. „August ist die Wüdele gehn“ und das Spiel vom Strohdach und der Löwslilie werden dem Stilke hier best ein volles Haus schenken. Die Aufführung unter Direktor Witus Riegle und Kapellmeister Schlekatzen Stab war voller Leben und Laune. Das Atzzimmer mit allen Schikanen einer modernen medezinischen Holzlammer ausgestattet (Operationsstisch, sogar ein veritable 4-Zellen-Bad, von Herrn Lüdmannen benutzt) Lotte Koch sang und spielte ausgeszeichnet, ihr Partner Lüdmannen, Willi Karl, gab ihr nichts nach und sonnte in in einer Couplet-Einlage Dofel und Zeitgenössisch bringen, Herr Sudfüll sang den jungen Arztsternarzt mit viel Gefühl und die Herren Langer und Hellwig spielten recht temperamentvoll und drastisch ihre Partien. Auch die Damen Bussmann, Diener, Edart und Kattner geben ihr Bestes, nicht nur an kurzen Kleider und langen Söldenstropfen. Zum Schluß viel Beifall, Blumen und andere Liebesgaben, Publikum und Bühne also in besser Stimmung! E.

Sport

Voraussagen

Karlshorst, 26. August, 8 Uhr nachmittags: 1. Rosenthal, Bantolus; 2. Budomila, Williberta; 3. Lancelot, Eichwald; 4. Enzian, Bauschtein; 5. Olym, Hünbing; 6. Landvoigt, Orlug; 7. Faratau, Offensive.

Briefkasten

Winkler, Taschenberg Nr. 8.

Bereantwortet für den gesamten Inhalt: Herausgeberleiter Paul Gehrlein. — Druck und Verlag der „Saxonie“-Druckerei C. m. d. o. zu Dresden.

Dresdner Kurse vom 25. Aug. 1920

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße.

Deutsche Staatspapiere		Papier- und Photo-Aktien
5 Reichsanleihe	90,75G	10 Chromo Altenburg —
5/4 do.	58,25G	12 Krause u. Baumann 267,00M
4 do.</td		

Aufruf zum 2. Sächsischen Katholikentag

Das Jahr 1919 brachte eine wichtige Neuerung für unsere Diaspora, den ersten allgemeinen sächsischen Katholikentag.

Der gewaltige Zudrang aus allen Teilen des Landes und der erhebende Verlauf dieser großen Kundgebung der Glaubensfreude bewiesen die Notwendigkeit einer solchen Tagung, so daß einstimmig beschlossen wurde, alljährlich in Sachsen einen Katholikentag abzuhalten. Was in Dresden segensreich begonnen wurde, soll in diesem Jahre unter freudiger Zustimmung unseres hochwürdigsten Oberhirschen und im Einverständnis mit dem Centralkomitee für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands

in Leipzig am 24., 25. und 26. September 1920

in demselben katholischen Geiste fortgesetzt werden.

Schwere Zeiten liegen hinter uns, schwere Zeiten stehen uns bevor. Wie sollen wir all den Gefahren begegnen, die unter den neuen Verhältnissen unsere Kirche und unsere Schule umlauern, wie den heißen Entscheidungskampf, der allenthalben entbrannt ist, bis zum guten Ende durchhalten? Der Staat hat keinen Sinn mehr für christliche Kirche und Schule; deren Schicksal liegt in den Händen der Gläubigen selber, zumal in denen der christlichen Eltern. Wenn diese nicht wachsam und mutig auf dem Posten stehen, dann ist leicht alles verloren. Vereinzelt sind wir in der Diaspora beim Ansturm des übermächtigen Gegners bald überrannt und aufgerieben; vereinigt sind wir eine Macht, die unserem guten Recht zum Siege verhilft.

Aber der Kampf geht nicht nur um die großen Heils- und Erziehungseinrichtungen; er geht um jede einzelne Seele. Von allen Seiten dringt auf sie der glaubenslose und gottesgegnerische Geist mit seinen gleichenden Verlockungen ein. Wehe, wenn die Seele in Schwäche und Kleinmut verzagt, wenn sie dem verführerischen Einfluß der irdisch gerichteten Welt erliegt, wenn sie Berrat führt an ihrem himmlischen Vaterlande.

Und das kann nicht ausbleiben, falls wir nicht immer von neuem uns stärken an den Quellen der übernatürlichen Kraft und Gnade. Wir wollen uns ernstlich fragen: Haben wir Christen in den früheren Friedensjahren, im Kriege und jetzt in der Zeit der großen Umgestaltungen alles getan, um den christlichen Geist zur Wirkung zu bringen? Haben wir jeder persönlich für die Versöhnung der Volksgenossen, für den Ausgleich der Gegensätze, für den seelischen Wiederaufbau vorgearbeitet? Mit einem Wort: Haben wir in opferbereiter Nächstenliebe gegeneinander, auch gegen unsere Gegner, das große Gebot unseres göttlichen Meisters befolgt? Sehen wir uns völlig für diese ewig gültigen Hochziele ein, wozu die Leipziger Tagung uns Ansporn und Führung vermitteln soll, dann leisten wir auch wahrhaft segensvolle Arbeit zum Wiederaufbau unseres gebeugten deutschen Vaterlandes, zu dem wir uns jetzt in seiner Not immer wieder und jetzt erst recht mit heißer Liebe bekennen; dann sind wir im Sinne unserer heiligen Kirche Bekennner nicht nur des Wortes, sondern der Tat, dann führen wir unsere Seele ihrer wahren Heimat entgegen — durch Nacht zum Licht!

Auf denn, Katholiken Sachsens, katholische Verbände und Vereine jeder Richtung, katholische Männer und Frauen, Jünglinge und Jungfrauen, auf zum

Zweiten Sächsischen Katholikentag in Leipzig!

Leipzig im August 1920.

Das Ehrenpräsidium:

Dr. theol. Lödmann, Franz, Bischof, Apostolischer Vikar und Domdechant, Dresden-Bautzen;
Reichsgerichtsrat Burlage, Mitglied des Reichstages in Leipzig;
Skala, Domseminar, Prälat in Bautzen.

Für den ständigen Ausschuß zur Vorbereitung Sächsischer Katholikentage:

Graf v. Schönburg-Glauchau, Joachim, Landesvertreter des Centralkomites der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands, in Wechselburg.

Der Ehrenausschuß:

Andersch, Franz, Klempnermeister, Dresden; Andersch, Josefa, Bittau; Baader, Max, Fabrikbesitzer, Leipzig; Barth, Heinrich, Kaufmann, Leipzig; Frau Beckle, Anna, Chemnitz; Beyer, Leipzig-Plagwitz; Bergmann, Alois, Lehrer, Leipzig; Bergmann, Paul, Schuldirektor, Dresden; Bergmann, Paul, Landgerichtsrat, Dresden; Dr. Bläser, Justizrat, Reichsanwalt beim Reichsgericht, Leipzig; Bodenbürg, Pfarrer, Dresden; Borowski, Herm., Schneider, Dresden; Börnering, Reichsbankklassierer, Altenburg, (S.-A.); Brehm, H. Kaufmann, Eilenburg; Broermann, Herm., Svediteur-Kaufmann, Großenhain; Brügel, Paul, Seminar-Oberlehrer, Bautzen; Frau Reichsgerichtsrat Burlage, Leipzig; Dautzenberg, Karl, Kaufmann, Altenburg (S.-A.); Dautzenberg, R., Leipzig; Degenhardt, W., Eisenbahn-Betriebsingenieur, Leipzig; Dr. jur. de Casalle, Alphonse, Landgerichtsrat und Konfessorialrat, Dresden; de Casalle, Ludwig, Pfarrer, Pirna; Dilger, Oekonomie-Oberkommisär, Bautzen; Eiselt, Generaldirektor, Blasewitz; Ernst, Aug., Lehrer, Bittau; Ernst, Jos., Ingenieur, Bittau; Ernst, Joh., Fabrikbesitzer, Löbau; Fick, Johann, Altenburg (S.-A.); Dr. Flügler, Regierungsrat, Blasewitz; Gäbler, verw. Frau Schuldirektor, Dresden; Dr. jur. Geisberg, Rittergutsbesitzer, Untorfürde bei Löbau; v. Grämenstein, Baronin, Altenburg (S.-A.); Giebmann, Pfarrer, Seitendorf; Grohmann, Aug., Kaufmann, Eilenburg; Günther, Kirchschullehrer, Neuendorf; Günther, Georg, Kommerzienrat, Brand-Erbisdorf; Hänel, Mag., Lehrer, Dresden-Pieschen; Hartmann, Konfessorialpräsident, Dresden; Heinen, Paul, Kaufmann, Dresden; Herkenne, Julius, Prokurist, Bärenstein; Herr, Franz, Kaufmann, Altenburg (S.-A.); Frau Hehlein-Jäger, Dresden; Hehlein, Paul, Hauptchristleiter der Sächsischen Volkszeitung, Dresden; Hilger, Aug., Kaufmann, Bautzen; Dr. Hille, Rechtsanwalt, Dresden; Hilpert, Johannes, Abteilungsvorsteher, Leipzig-Reudnitz; Fräulein Hilbert, Else, Chemnitz; Hawaczek, Walter, Kaufmann, Leipzig; Höcker, Vorsitzender des katholischen Arbeitervereins, Chemnitz; Hoffmann, Josef, Sekretär, Dresden; Holzer, Marie, Kontoristin, Leipzig; Illigens, H., Kaufmann, Chemnitz; Jackel, Oberst a. D., Dresden; Dr. Jatzwauk, Bibliothekar, Dresden; Dr. Kaiser, Monsignore, Vikariatsrat, Dresden; Kotsch, Bruno, Oberlehrer, Pirna; Kutschmann, P., Pfarrer, Chemnitz; Frau Kell, Margaretha, Chemnitz; Kell, Fritz, Direktor, Chemnitz; Keller, Jos., Reichsgerichtsrat, Leipzig; Kernig, Rich., Tischler, Bautzen; Kirschbauer, Pfarrer, Werda; Klaus, Lehrer, Seitendorf; Kneschke, Pfarrer, Neulendorf; Kulling, Oberstretär, Dresden; Knoch, Georg, Kaufmann, Bittau; Fräulein Kockel, Schneidermeisterin, Dresden; Köhler, Kaplan, Seitendorf; Kretschmer, Heinr., Lehrer, Chemnitz; Lange, Mag., Pfarrer, Borna; Langer, Paul, Ausseher, Hohburg bei Burzen; Latzel, Karl, Amtsgehilfe, Dresden; Lea, Paul, Fabrikant, Leipzig; Frau Fabrikant Lutterbeck, Plauen; Manzoni, Monsignore, Konfessorialrat, Dresden; Mannheim, Kantor, Seitendorf; Frau Mendelsohn, A., Leipzig; Meng, Antonie, Direktorin, Leipzig; Dr. Meyer, Bahnorzt, Plauen; Müller, E., Fabrikdirektor, Bittau; Frau Studienrat Neubner, Linda, Bautzen; Nevoile, Karl, Leipzig; Nitsche, Franz, Kaufmann, Leipzig; O'Byrn, Baron, Generalmajor z. D., Dresden; v. Oer, Geheimer Regierungsrat, Leipzig; Otto, Alb., Bohnorzt, Bittau; Paulick, Bahnmeister I. Klasse, Auerbach; Frau Stadtverordnete Pilch, Gertrud, Bittau; Posselt, Pfarrer, Grimma; Prescher, Oberzollsekreter, Grimma; Rathsmann, Oberingenieur, Grimma; Reichelt, Lehrer, Seitendorf; Dr. Rentschka, Pfarrer, Dresden; Gräfin Reutlinger, Dresden; Richter, Paul, Stadtobausseher, Dresden; Riedel, Hub., Kaufmann, Schirgiswalde; Rodakowski, Franz, Glasermeister, Bittau; Rohde, Oberlehrer, Schirgiswalde; Rönsch, August, Kanonikus und Pfarrer, Ostritz; Ros, Karl, Direktor, Pirna; Rothe, Kurt, Rechtsanwalt, Chemnitz; Scheider, Paul, Oberlehrer, Vorsitzender des katholischen Lehrerverbandes Sachsen, Dresden; Scholz, H. Kaufmann, Eilenburg; Schnecker, Leo, Buchhalter, Bärenstein; Schmidt, August, Fabrikbesitzer, Dresden; Schmidt, Joh., Dentist, Bärenstein; Schmolke, Reichsbankklassierer, Plauen; Schwarzbach, Kaplan, Plauen; Schewitschka, Jakob, Pfarrer, Chemnitz; Freiin v. Seckendorff, E., Leipzig; Slager, Fabrikdirektor, Plauen; Dr. theol. Soppa, Schirgiswalde; Sprentzel, Postsekretär, Dresden; Sprotte, Fabrikdirektor, Eibau; Stange, Lehrer, Seitendorf; Stein, J., Leipzig-Plagwitz; Steinegger, Direktor, Mittweida; Stolle, Phil., Dampfwaschereibesitzer, Dresden; Strieder, Georg Adolf, Fabrikbesitzer, Leipzig; Dr. jur. Tacken, Franz, Burzen; Cammer, Hans, Kaufmann, Dresden; Tholotowsky, Otto, Vorsteher des katholischen Bürgervereins, Dresden; Crepte, Jos., Gewerkschaftssekretär, Schirgiswalde; Trümper, Heinr., Hostierant, Dresden; Voigt, Agnes, Fabrikarbeiterin, Bittau; Wagner, Bernh., Lehrer, Dresden; Welt, Joseph, Leipzig-Reudnitz; Wendt, H., Leipzig-Plagwitz; Werner, Emil, Kaufmann, Großenhain; Wydinski, Maria, Lehrerin, Chemnitz; Ziesch, Michael, Justizrat, Bautzen.

Der vorbereitende Ortsausschuß:

Vorsitzender: Bongers, Heinrich, Direktor, Leipzig, Windmühlenweg 12;

Stellvertreter: Linz, Reichsgerichtsrat, Leipzig;

Schriftführer: Kielmann, Paul, Lehrer, Leipzig;

Schahmeister: Dr. Beckmann, Handelsrichter, Leipzig, Hospitalstraße 12;

Anteden, Prokurist; Beutlich, Oberlehrer; Beyer, Hochschullehrer; Bohn jun.; Elmann, Mitglied d. Handelskammer; Enczels, Kaufmann; Franzen, Reichsgerichts-Obersekreter; v. Hahn, Hofrat; Hottenrott, Pfarrer; Hücke, Eisenbahn-Assistent; Klesse, Pfarrer; Kuhn, Direktor; Melde, Faktor; Frau Nitsche; Frei. Rath, Silesia; Riedel, Pfarrer; Rückert, Lehrer; Schall, Lehrer; Seidel, Someski, Sekretär; Schaffeld, Reichsgerichtsrat; Dr. Scholze, Kaplan; Dr. Schröder, Justizrat, Reichsanwalt beim Reichsgericht; Sprotte, Kaufmann; Stranz, Superior, Pfarrer; Dr. Stein, Gymnasial-Oberlehrer; Städling, Bankvorsteher; Strieder, G. jun., Fabrikant; Dr. Strieder, Universitätsprofessor; Dr. Taute, Schuldirektor.

Nr. 194

Am 20. Juli
eines Gesetzes über
Wohnungsbaus
der
Voll von aller
Zeit
der Friedenszeit
gründete als
Sonder
ungarbeiter erhoben

In dem Stifte
neuen vom 21. Ma

Die Mitgliedschaft
welche das Reich v.
geiges treffen, und
genau zu treffen
Menschen erhalten
will zu seiner weiteren
gabe dieses Vertrags
bei der Durchführung
Gesetzlosigkeit des M
geistern. Durch die
von sich aus der Meinung
breiten und die Meinung
sicheren Hemmnisse zu
gebunden entgegen alle auf dem Gebiet
sind tatsächlich

Bu diesem
Sozialpolitischen und
wirtschaftsorganisation
nun die Ansicht, daß
gekannt und sie durch
und es fehlt nicht an
des Vertrags „Ansatz“
durchsetzen. „Ansatz“
durchsetzen. Zeit mache
durchsetzen. Stunde, Ständigen Vertrags
durchsetzen. indem ich b

In der ersten C
bu bei der Russischen
Hauptförderung ab
und billiges Geld,
ergibt über die Gew
bekämpft. Es kann
einen Geheimrat v

Eingehend wu
den zur Förderun
werden besprochen:

Ein Plan, die
zu erarbeiten. (Bergl,

Ein Plan von
prozentige Heimstätte
und fiktiv den Bildun
die Welle der Krieg
der vollen Summe
hatten.

Ein Ausbau d
Dienststellen und die
Vorstellte

Endlich wurde
lassen. Dieser Ver
Gesetzlich, daß ich m
bekannten Namen ob
hatte, der Vorsteher
Der erfahrene Kom
reich und war bereit
„ständigen Vertrag“
Ihm zu behandeln
in diesem Jahr über
Vorstehergangen
werden sollen. Es
2. August eingebur
Oberbürgermeister, v.
Vobt, der Leiter
1. August in Berlin
die Verharmlosung
anzusprechen.

Da erhält ic
arbeitnehmerium m
holle verschoben wer
bezogen unter Anhän
Mitglieder waren ab
eine Möglichkeit erga
die geplante W
Fragung nicht zum G
haben, wie der gepla
die große Masse der r
taffeln. Sie habe
Völker unbekannt G
gründliches, und en
bedeutend schweren V
Junggeselle, der sich
wird von dieser Steu
seiner harten getroffen
hie Mandat für die

* In der 4. De

Beilage zur Sächsischen Volkszeitung

Nr. 194

Mittwoch den 25. August 1920

19. Jahrg.

Eine Mietsteuer!

Von Adolf Damaschke

Kritik Am 20. Juli hat das Reichsarbeitsministerium den „Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens“ beim Reichsrat eingereicht. Nach diesem Gesetz soll von allen Bewohnern eines Gebäudes oder Gebäudeteils 15 Prozent der Fleißabmiete für das Reich und 15 Prozent für die Gemeinde als Sonderabgabe zur Förderung der Wohnung- und Siedlungsbauarbeit erhoben werden.

In dem Stellungsspiel des „Ständigen Beirats für Heimstättenwesen“ vom 21. Mai hat das Reichsarbeitsministerium u. a. erklärt:

„Die Mitglieder des Beirats würden von allen Maßnahmen, welche das Reich über die Ausführung des Heimstättengesetzes treffen, unterrichtet werden. Sie würden daher ein genau zutreffendes Bild über die Entwicklung des Heimstättentums erhalten und übersehen können, welche Schritte jeweils zu ferner weiterer Förderung notwendig wären. Die Aufgabe dieses Beirats würde einmal darin bestehen, die Reichsregierung bei der Durchführung des Heimstättengesetzes, soweit diese zur Zuständigkeit des Reiches gehört, durch sachverständige Rat zu stärken. Darauf hinaus aber würde er vor allem berufen sein, von sich aus der Reichsregierung Anträge und Vorschläge zu unterbreiten und die Reichsregierung bei der Überwindung der mannschaftlichen Hemmnisse zu stützen, bis der Durchführung des Heimstättengesetzes entgegensteht; die Reichsregierung würde ihn ferner alle auf dem Gebiete des Heimstättentums zu treffenden Maßnahmen gutschäftlich hören.“

Bei diesem „Ständigen Beirat“ gehörten neben herorragenden Sozialpolitikern auch die Vertreter der sechs großen deutschen Gewerkschaftsorganisationen aller Richtungen. In welten Kreisen herrsche nun die Ansicht, daß der Beirat auch die geplante Mietsteuer vorher gekannt und sie durch keinen „sozialverstandenen Rat“ gefordert habe, und es fehle nicht an leidenschaftlichen Anträgen gegen diese Stellung des Beirats. „Auszusprechen, was ist,“ gilt es unserer entscheidungsreifen Zeit mehr denn je in großer und kleinen Fragen als das Gebot der Stunde. Und deshalb möchte ich als Vorsitzender des Ständigen Beirats für Heimstättentum allen Missverständnissen vorbeugen, indem ich den einfachen Tatbestand mitteile.

In der ersten Sitzung des „Ständigen Beirats“ am 5. Juli wurden bei der Aufführung des Arbeitsplanes natürlich die beiden Hauptfortschritte aller Heimstättenerbildung besprochen: Billiges Bamb und billiges Geld. Im eingehenderen Ausprachen wurde eine Einigung erzielt über die Grundlinie eines wohltätig sozialen Entwicklungsrichts. Geheimrat Erman-Münster übernahm es, der nächsten Sitzung einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Eingehend wurde auch die Frage der Verstellung von Mieten zur Förderung des Heimstättentums erörtert. Insbesondere werden beprochen:

Ein Plan, die Darlehenstassen zweckmäßig nach dieser Richtung auszubauen. (Vergl. „Bobenreform“ 1919, S. 102—104.)

Ein Plan, die Sparkassenkasse in dreiprozentige Heimstättens-Hypothesen umzuwandeln, wobei das Reich und das Hinterunternehmen für Heimstättenerbau gewinne, während die Besitzer der Kriegsanleihe größere Sicherheit und die Rückzahlung der vollen Summe nach zehn oder zwölf Jahren gewährleistet erhalten.

Ein Ausbau der Gewerkschaftsversorgung für die Gewinnung von Haushalten und die Errichtung von Heimstätten.

Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten kündigte befürchtete Vorschläge an.

Endlich wurde auch kurz hingerichtet auf die Gedanken der Sparkassen. Dieser letztere Gedanke wurde wesentlich verfehlt durch ein Gespräch, das ich mit dem Mitglied des „Ständigen Beirats“, dem bekannten Ulmer Oberbürgermeister Dr. v. Wagner in Stuttgart hatte, der Vorsteher der „Girozentrale“ der deutschen Sparkassen. Der erfahrene Kommunalpolitiker hielt diesen Weg, für sehr aussichtsreich und war bereit, bestimmte Vorschläge zu formulieren. Im „Ständigen Beirat“ herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die von ihm zu behandelnden Fragen außerordentlich dringend seien, wenn in diesem Jahr überhaupt noch den Hunderttausenden von Heimstättenerzeugenden gangbare Wege zur Erfüllung ihrer Schlußfolgerung gezeigt werden sollen. Es wurde daher beschlossen, die nächste Sitzung am 2. August einzuberufen. Auf meine Bitte erklärte sich der Ulmer Oberbürgermeister, ebenso wie Geheimrat Erman, Professor Dr. Holt, der Leiter des Steueramts von Stuttgart, bereit, schon am 1. August in Berlin zu sein, um über die technisch-rechtlichen Fragen die Aufbarmachung der „Girozentralen“ für den Heimstättenerbau schriftlich zu sprechen.

Da erhielt ich am 28. Juli einen Brief, in dem mir das Reichsministerium mitteilte, die Sitzung des Beirats am 2. August solle verschoben werden. An demselben Tage noch wurde ich mich gegenüber unter Aufklärung der angekündigten Gründe. Die insortigen Mitglieder waren aber bereits telegraphisch abgesetzt. Ich habe die erste Gelegenheit ergreifen, um zu erklären, daß ich verblüfft gegen die geplante Mietsteuer sei, sie führe nach meiner Überzeugung nicht zum Erfolg, sondern würde lediglich dieselbe Wirkung haben wie der geplante gehäpperte Lohnabzug, d. h. sie werde die große Masse der werktätigen Bevölkerung in weitem Umfang enttäuschen. Sie bedene in ihren Wirkungen eine Vorzugsgruppe der bürger unbedarften Volks, d. h. der Tertiärfamilien, des Großgrundbesitzes, und endlich, und das sei das Entscheidende, sie sei eine besonders schwere Belastung der kinderreichen Familien. Der Jungegeist, der sich mit einem oder zwei Kindern begnügen kann, wird von dieser Steuer gar nicht betroffen; der Familienvater, der aus sozialistischen und sozialen Rücksichten, vielleicht nicht großen Kosten, eine mehrzimmerige Wohnung haben möchtest, wird durch diese Steuer hart getroffen. Geheimrat Abderhalde, der bekanntlich sein Mandat für die preußische Landesverfassung niedergelegt hat,

weil sie ihm keine Gewalte für eine entschlossene soziale Aufbaupolitik gegeben habe, hat im 2. Heft des „Jahrbuchs der Bodenreform“ in einer erschütternden Abhandlung ausgeführt, wie es unverständlich sei, daß nicht unsere gesamte Politik heute von dem einen Gesichtspunkt beherrscht werde, wie man unsere Jugend gesund an Leib und Seele erhalten und wieder kräftig machen könnte. Und nun diese Mietsteuer.

Ob der „Ständige Beirat für Heimstättentum im Reichsministerium“ sich mit dieser Frage in seiner nächsten Sitzung beschäftigen wird und welche Stellung er dazu nehmen wird, steht dahin. Sicherlich aber erfordert es die Wahrsichtigkeit heute schon, ehrlich Missverständnisse einzustellen, festzustellen, daß er bisher in dieser Frage noch keinen Vorschlag gesetzt und deshalb für den vorliegenden Gesetzentwurf „über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens“ keinerlei Verantwortung zu tragen hat.

Erneuerung — Sittliche Diktatur

Von Germanitus

Man erinnert sich noch, daß vor wenigen Monaten von allen hierfür irgendwie in Betracht zu ziehenden Stellen der Ruf nach Arbeit in jeder Form erhoben worden ist. Wäre der Erfolg dieser Maßnahmen, Bitten und Beschwerden auch nur entfernt ihrer Intensität entsprechend, vor weiß, ob wie vor kurzem in Spaß so dagestanden hätten. Bei allen bestartigen Lösungen, die wie Heldscheit und Kampflos anmuten, geht man immer wieder aus die Erfahrung, daß eben Ercheinungen solle „Arbeit“ keine augenblickliche Anspannung physischer, geistiger und moralischer Kräfte darstellen (nur dann könnte Ruhm und Heldscheit Sinn und Zweck haben), sondern daß „Arbeit“ im höheren Sinne einen Zustand eines mäßlichen Werdeprozesses geistiger und sittlicher Gegebenheiten ist. Wohnungen, Ausförderungen, Ausschreie usw. vermögen weder diese Gegebenheiten oder Voraussetzungen zu schaffen, noch ihr Entstehen zu beschleunigen, sie können bestensfalls in gewisser Weise den Prozeß des Werdens der Arbeit aus diesen Gegebenheiten beschleunigen. Genauso verhält es sich mit allen Appellen, die heroischen und zeitigen wollen, was nicht als Ergebnis augenblicklicher Entschließung — die im Bereich der Suggestion liegt, also durch Appelle erreicht werden kann —, sondern eines geistig-sittlichen Werdeprozesses ist, der immer Zeit zur Reife braucht und an Voraussetzungen gebunden ist, die für drastische suggestive Kräfte nur selten erreichbar und breitflächig sind.

Diese allgemeinen Sätze müssen vorangestellt werden, sowohl angewiekt der Gründung eines „Bundes der Erneuerung“ in wirtschaftlicher Sitt und Verantwortung“ wie einem Aufruf „Sittliche Diktatur“ von Karl Schefliers gegenüber. Beide Aufrufe sind augenfällig erstaunt und man kann nur die Hoffnung aussprechen, daß diese Worte irgendwo, wenn auch nur neben, Ruhe setzen. Allein der bestreitigen und schwerwiegenden Frage gegenüber, ob eben beide Unternehmungen nicht zu sehr am Formalen, an den Feierlichkeiten des Lebens hängen bleibten, die zwar unendlich wichtig, jedoch in keinem Vergleichsmaßstab zu der unumstößlichen Notwendigkeit einer sittlichen Erneuerung und Gefundung unseres Volkes stehen können, wird man bedenken.

Immerhin werden beide Aufrufe Beachtung und Seien drin im Auszug hier wiedergegeben, ohne ein abschließendes Urteil zu fassen, obwohl oberstes Prinzipium: die Wirkung und Ausbreitung abzuwarten bleibt. Der Bund der Erneuerung“ fördert von sich u. a. noch, daß die Deutschnäthe nicht von ihm (dem Bund) erfochten, aber bereit jetzt ist er Bedeutung. Nicht nur eine lange Reihe einschreitender Männer und Frauen, wichtiger Verbände, wie der Deutsche Offizierbund, der Werkbund, der Dürerbund, wie ähnlich wirkende in Süddeutschland haben sich ihr angeschlossen. Die Regierung schlägt ihre Vertreter zu der Gründungsversammlung. Sie unterschreibt das junge Unternehmen. Nur wenn die treibenden Gedanken in der Art liegen, einem halbwissenden Verlangen entsprechen, ist ein so eindrückender Erfolg möglich.

Der Bund sieht über den Parteien, über den Mietungen, über den Schulen. Auch das entzieht den Wünschen und Hoffnungen des Tages. Er ist aus der Art des Reit geboren, das gibt ihm Stärke und Kraft. Er schlägt eine Brücke zwischen sonst schwer getrennten Gebieten, zwischen Sittlichkeit und Wirtschaft, wohinige Notwendigkeiten der Nationalökonomie, der Allgemeinheit sollen durch innerliche ethische Regelungen der einzelnen verwirklicht werden.

Walther Rathenau, einer der seelischen Treibkräfte des Bundes, hat eindrücklich gewarnt vor jener Vergedung und Verselbständigung der einheimischen Revolution, die den gebannten, schwärmenden Gang nach dem Überflüssigen entgegenkommt, mit diesen Überflüssigkeiten auch jetzt noch den Markt überstöltet, dadurch dem freien Kapital entzogen. Der Staat kann nicht diesem Unwesen ein Ende bereiten, wohl aber die öffentliche Meinung, der sittliche Raum, der freiwillige Verzicht.

Die Verarmung unserer gebildeten Kreise erleichtert und den Verzicht. Aus dieser Allgemeinen Verächtlichkeit werden jedoch verborgene Ausnahmen hervortreten; denn nicht weniger, sondern mehr Übereinkommen mit jedem noch ungelernten Menschen kommen — Walther Rathenau ist Gewöhnungsmann — wird das kommende Deutschland verordnen. Soll diese Sicht maßgebend sein? Sollen die gebildeten Kreise, die Kulturräte, ausgestaltet werden? Diese neuen Reichsreichtümer verzerrt nur allzuviel zu stumpfes Brusttheit, die freiere Hand erträgt nur allzuviel unerträglichen Unglück, der namenlosen Art des Volkes. So früh und plump tritt ihc Geistigkeit an den Tag, doch wie schwielig in diesen Kreisen auf viele Anhänger werden können, wie wollen jedoch ihre gesellschaftlichen Einstellungen unterbinden.

So schließen wir uns zusammen, um im Namen der vereinigten Lebensgestaltung, im Namen unserer überlebensnotigen deutschen Kultur, trotz unserer Armut auch seine Linie den Ton anzugeben.

Gern umwidmeten wir alle Kreise, aber wie dürrt nicht warten, bis der neue Reichstag in sich lebt, und wie dürfen nicht warten, bis die große Welle sich uns anschlägt. Zur Gründungszeitung jagte Kipp und Krot ein sich für den Plan lebhaft interessierender ehemaliger sozialistischer Minister: „Vor der Arbeitsschule werden Sie abhören müssen!“ Sind es aber auch nur bestreitete Kreise, innerlich handelt es sich um recht viele Millionen, um die kulturell wertvollen Söhnen und Töchter der Durchbildung, ihre Überlebensfähigkeit, ihre geistigen Waffen bedingen uns Zukunftshoffnung.

Der Bund dieser Gleichtümmer wurde nicht gegründet, um gemeinsame eile Schnüren aufzutrennen, sondern um zu handeln. Erst in den Einzelheiten des englischen Lebens werden die Zähne für das tatsächliche Leben zu verzehren. Die Maßnahmen werden nicht nur von den beiden Söhnen des Schäßlichen und des Friedwaldes gezeigt, sondern anständliche Zeitungen werden die Sache Deutsches vertragen, da sie aus keinem Anlaß hindert, ob sie dazu beiträgt, und dem Ausland zu unterwerfen, nach Möglichkeit ausgestaltet werden. Selbst wenn die Mittel so gehalten, wird man zunächst vermeiden Gardinen oder Tapisse, Vorhänge oder Gorgonzola selbst zu verstecken, wie werden sie auch unseren Freunden nicht vorzeigen, denn diese werden das und mit Recht verargen. Keineswegs wollen wir den Bogen überspannen. Wie predigen nicht Altkatholiken und Pietistintheiten, wie predigen nicht heiligen Wald- und Wälderste, noch wollen wir auf Kosse und Katus verzichten. Nur weltende Fauvelier würden an

die Möglichkeit eines totalen einräumenden Totalitätsstaates glauben, aber es ist wohl möglich, manche Gestisse zu entbehren und uns im anderen ganz ehrlich einzuschärfen.“

Es folgen ähnliche Ausführungen über Bescheidenheit und den Stil des einfachen Haushaltes.

Karl Schefliers Aufruf gegenüber gilt in erhöhtem Maße, was eingangs gesagt wurde: daß von derart Kundgebungen gar nach einem einzigen sein Ruhm haben in jene Komplexe läuft, von denen die geforderte Erneuerung auszugehen hätte. Es muß also billig an, wenn Schefler, ohne zu sagen, woher Opferzeit, wodurch Erneuerung als große soziale Wahrnehmung kommen soll, diese Dinge einfach als geforderte Voraussetzungen aussetzt: „Die ungeheure Verwirrung des Zeitalters, die Untartung des Individualismus und des öffentlichen Lebens, die allgemeine Verlumigung, die im Gefolge des verlorenen Krieges einhergeht, kann nur aufgehoben und überwunden werden durch das Opfer und durch das Werk, durch Erneuerung und wertvolle Arbeit. Durch Arbeitserziehung und Festigung allein können wir uns frei machen von der drohenden oder schon vollzogenen Abhängigkeit und ein besseres Deutschland aufzubauen.“

Im übrigen sind keine Warnungen vor dem Gebrauch fremdes Eigentums, der zur nationalen Selbstverachtung führt, keine Anerkennung von Lebensformen, die den Verbrauch willkürlich bestimmen, regeln und verbieden, so daß „die notwendige Einsicht und Schlichtheit der Lebensführung nirgends zur Anerkennung reicht, damit sie im Gegenteil zu einer Manifestation des Kulturmordes wird“ — nur hier wie dort nicht geben. Die Sittlichkeit muss erst herausgeführt werden, die diese Sitten erzeugt und erhält.

Eine Arbeiterakademie

in Frankfurt a. M.

Von Robert Mössinger-Frankfurt a. M.

Der Ruf nach mehr Geistigkeit, der trotz dercheinbaren Widerstände durch alle Schichten des deutschen Volkes geht, vom einfachen Arbeiter bis zum hohen und höchsten Reichsbeamten, was es letzten Endes, der den Gedanken einer Arbeiterakademie in Verbindung mit der Universität Frankfurt erhalten ließ, einen Gedanken der übrigens für deutsche Verhältnisse etwas ganz Neues Eigenart ist darstellt.

Die Frankfurter Universität, bekanntlich eine Stiftungsuniversität der Bürgerschaft mit einem Kapital von 15 Millionen Mark, ist, wie so viele wissenschaftliche Institutionen durch den Krieg und seine Folgen, insbesondere die ungewöhnliche Trennung und Verschließung, in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Rund 1,5 Millionen Mark Defizit waren zu decken, wenn man nicht vorstellen wollte, die von 5000 Studenten besuchte Universität zu schließen, da ja für den preußischen Staat fast eine Sitzungsurkunde teuerste Verpflichtung besteht, finanzielle Kosten zu gewähren der Universität zu trauen. Nun war die Stadtverwaltung an sich bereit, die Hälfte des Defizits zu decken, wenn nicht die Sozialdemokratie beider Schattierungen gegen diese Unterstützung der „revolutionären“ Bildungsstätte stark protestiert hätte. Die Vorführer erklärten der Bewilligung der 750 000 Mark nur zustimmen zu können, wenn erstens der preußische Staat die gleichen Aufschüttungen leiste und zweitens eine Arbeiterakademie ins Leben gerufen werde. Die Stadtverwaltung kann also gewissermaßen vor einem Ultimatum und hat sich vor allem um den Verlust der Universität nicht zu gefährden mit den sozialistischen Anträgen solidarisch erklärt, da auch die bürgerlichen Institutionen den Gedanken der Arbeiterakademie für durchführbar und begründetwert anerkannt haben, wobei sie jedoch ausdrücklich betonten, daß diese neue Bildungsstätte eine „sozialistische Volkshochschule“ werden dürfe. Soviel über die Entstehungsgeschichte.

Was will nun die Arbeiterakademie? Vor allem führt des Volles erziehen. Es ist nicht etwa daran gedacht, nur jedem Arbeiter zu gestatten, die Akademie zu besuchen und als Palast womöglich deren Arbeit zu tun, um sie für eine Bildungsstätte geeignete Unterstützung der revolutionären Bildungsstätte darf protestiert haben. Die Vorführer erklärten der Bewilligung der 750 000 Mark nur zustimmen zu können, wenn erstens der preußische Staat die gleichen Aufschüttungen leiste und zweitens eine Arbeiterakademie ins Leben gerufen werde. Die Stadtverwaltung kann also gewissermaßen vor einem Ultimatum und hat sich vor allem um den Verlust der Universität nicht zu gefährden mit den sozialistischen Anträgen solidarisch erklärt, da auch die bürgerlichen Institutionen den Gedanken der Arbeiterakademie für durchführbar und begründetwert anerkannt haben, wobei sie jedoch ausdrücklich betonten, daß diese neue Bildungsstätte eine „sozialistische Volkshochschule“ werden dürfe. Soviel über die Entstehungsgeschichte.

Es ist nicht daran gedacht, die Arbeiterakademie in den Rahmen der Universität einzuführen. Sie soll eine Bildungsstätte für die gesamte Bevölkerung des Volles werden — das haben in Frankfurt andere Organisationen schon lange Jahre in praktischer Weise übernommen — vielmehr will man einzelnen Geschäftskreisen aus den unteren Schichten des Volles den Mittelstand selbstverständliche eingeschlossen. Gelegenheit geben, sich für soziale und kommunale Aufgaben vorzubereiten, für die augenblicklich und seither nur akademisch arbeitete Beamte in Betracht zu nehmen. „Außerdem sieht — wie es in der Vorlage steht — die Wahlernennung von Ehrenamtlichen in politischen und sozialen Ämtern in öffentlicher Weise übernommen — vielmehr will man einzelnen Geschäftskreisen aus den unteren Schichten des Volles den Mittelstand selbstverständliche eingeschlossen. Gelegenheit geben, sich für soziale und kommunale Aufgaben vorzubereiten, für die augenblicklich und seither nur akademisch arbeitete Beamte in Betracht zu nehmen. „Außerdem sieht — wie es in der Vorlage steht — die Wahlernennung von Ehrenamtlichen in politischen und sozialen Ämtern in öffentlicher Weise übernommen — vielmehr will man einzelnen Geschäftskreisen aus den unteren Schichten des Volles den Mittelstand selbstverständliche eingeschlossen. Gelegenheit geben, sich für soziale und kommunale Aufgaben vorzubereiten, für die augenblicklich und seither nur akademisch arbeitete Beamte in Betracht zu nehmen. „Außerdem sieht — wie es in der Vorlage steht — die Wahlernennung von Ehrenamtlichen in politischen und sozialen Ämtern in öffentlicher Weise übernommen — vielmehr will man einzelnen Geschäftskreisen aus den unteren Schichten des Volles den Mittelstand selbstverständliche eingeschlossen. Gelegenheit geben, sich für soziale und kommunale Aufgaben vorzubereiten, für die augenblicklich und seither nur akademisch arbeitete Beamte in Betracht zu nehmen. „Außerdem sieht — wie es in der Vorlage steht — die Wahlernennung von Ehrenamtlichen in politischen und sozialen Ämtern in öffentlicher Weise übernommen — vielmehr will man einzelnen Geschäftskreisen aus den unteren Schichten des Volles den Mittelstand selbstverständliche eingeschlossen. Gelegenheit geben, sich für soziale und kommunale Aufgaben vorzubereiten, für die augenblicklich und seither nur akademisch arbeitete Beamte in Betracht zu nehmen. „Außerdem sieht — wie es in der Vorlage steht — die Wahlernennung von Ehrenamtlichen in politischen und sozialen Ämtern in öffentlicher Weise übernommen — vielmehr will man einzelnen Geschäftskreisen aus den unteren Schichten des Volles den Mittelstand selbstverständliche eingeschlossen. Gelegenheit geben, sich für soziale und kommunale Aufgaben vorzubereiten, für die augenblicklich und seither nur akademisch arbeitete Beamte in Betracht zu nehmen. „Außerdem sieht — wie es in der Vorlage steht — die Wahlernennung von Ehrenamtlichen in politischen und sozialen Ämtern in öffentlicher Weise übernommen — vielmehr will man einzelnen Geschäftskreisen aus den unteren Schichten des Volles den Mittelstand selbstverständliche eingeschlossen. Gelegenheit geben, sich für soziale und kommunale Aufgaben vorzubereiten, für die augenblicklich und seither nur akademisch arbeitete Beamte in Betracht zu nehmen. „Außerdem sieht — wie es in der Vorlage steht — die Wahlernennung von Ehrenamtlichen in politischen und sozialen Ämtern in öffentlicher Weise übernommen — vielmehr will man einzelnen Geschäftskreisen aus den unteren Schichten des Volles den Mittelstand selbstverständliche eingeschlossen. Gelegenheit geben, sich für soziale und kommunale Aufgaben vorzubereiten, für die augenblicklich und seither nur akademisch arbeitete Beamte in Betracht zu nehmen. „Außerdem sieht — wie es in der Vorlage steht — die Wahlernennung von Ehrenamtlichen in politischen und sozialen Ämtern in öffentlicher Weise übernommen — vielmehr will man einzelnen Geschäftskreisen aus den unteren Schichten des Volles den Mittelstand selbstverständliche eingeschlossen. Gelegenheit geben, sich für soziale und kommunale Aufgaben vorzubereiten, für die augenblicklich und seither nur akademisch arbeitete Beamte in Betracht zu nehmen. „Außerdem sieht — wie es in der Vorlage steht — die Wahlernennung von Ehrenamtlichen in politischen und sozialen Ämtern in öffentlicher Weise übernommen — vielmehr will man einzelnen Geschäftskreisen aus den unteren Schichten des Volles den Mittelstand selbstverständliche eingeschlossen. Gelegenheit geben, sich für soziale und kommunale Aufgaben vorzubereiten, für die augenblicklich und seither nur akademisch arbeitete Beamte in Betracht zu nehmen. „Außerdem sieht — wie es in der Vorlage steht — die Wahlernennung von Ehrenamtlichen in politischen und sozialen Ämtern in öffentlicher Weise übernommen — vielmehr will man einzelnen Geschäftskreisen aus den unteren Schichten des Volles den Mittelstand selbstverständliche eingeschlossen. Gelegenheit geben, sich für soziale und kommunale Aufgaben vorzubereiten, für die augenblicklich und seither nur akademisch arbeitete Beamte in Betracht zu nehmen. „Außerdem sieht — wie es in der Vorlage steht — die Wahlernennung von Ehrenamtlichen in politischen und sozialen Ämtern in öffentlicher Weise übernommen — vielmehr will man einzel

Unerwartet wurde unser liebes Mitglied
Domschuldirektor Jakob Nowak
in Bautzen

aus dieser Zeitlichkeit abgerufen.

Seine treue Mitarbeit und seinen immer bereiten Opfersinn werden wir niemals vergessen.

Habe Dank, treuer Jugend- und Lehrerfreund, für Deine hochherzige Stiftung.

Dresden, den 25. August 1920.

Katholischer Lehrer-Verband in Sachsen.
1677] Scheder, Vors.

Einkauf Deutscher Hausfrauen
Uhlandstraße 40, Ecke Reichenbachstraße, Fernspr. 22 033
Stephaniplatz, Ecke Nicolaistraße

Billige Lebensmittel

in nur prima Qualitäten	
Schweinefett, Ja.	PFUND 17.00
Kinderlalg, Ja.	16.50
Margarine, älteste	10.70
Käferflocken, frisch, nicht blitzen	2.00
Käferflocken, Kindernahrung	2.50
Käfermehl, Kindernahrung	3.00
die vorzügliche Marke "Genois"	
Prima weißer Bangoon-Bollekreis	5.40
Prima weißer Bangoon-Brechkreis	4.50
Maisgrütze, hochstein, fast weiß	4.80
Gelbe Victoria-Erbsen, extra fein und groß	2.20
Grüne holländische Erbsen, sauber ausgelesen	2.00
Weiche Bohnen, einwandfrei	1.50
Neiner-Kafas, ältere Sorte	16.50
Käfer-Kafas o. g. J. zu gleichen Teilen	15.00
hochwertige Qualität, ohne üblen Beigeschmack	
Speise-Salz	bei 10 Pfund 0.88
Sultania-Nüssen, älteste helle	15.50
Korinthen, Ja.	10.50
Zapiola-Mehl, schneeweiss	4.50
Alte kleine amerik. fondeni, gezuckerte Vollmilch	10.00
Hochseine schottische Vollfett-Heringe	1.85
Feine und Wasch-Teeßen in besten Qualitäten.	
Beachten Sie bitte unsere Schaufenster.	
Größere Aufträge freiliegen.	[1674]

Bad Schwarzbach

ISERGEBIRGE

VIKTORIAQUELLE

radioakt. alk. erd. Stahlquelle [1644]

KURHAUS

Bade- und Trinkkur im Hause

Kurstadt 1. Mai bis 15. Oktober

Besitzer: C. M. Chrometzka — Badeverwaltung



Amtliche Bekanntmachungen

Geflüchtete in der Stadt Dresden

vom 23. bis mit 29. August 1920

68 erhalten auf die Reichsleistungskarte Nr. D*

Personen über 6 Jahre auf die Motiven 1 bis 10 250 g
Kinder bis zu 6 Jahren auf die Motiven 1 bis 5 125 g
Anzuschicken mit Anhänger vom Fleisch und Fleischwurst.

Der Preis für Reichsfleisch mit Anhänger beträgt 9.50 R., für
Hoffleisch 10.50 R., für Blutwurst und Leberwurst 8 R., für Brühwurst
11 R. für das Blutwurst bei Absatz an den Verbraucher.

Ein Aufdruck auf Anstellung einer bestimmten Sorte besticht
nicht. Die Fleischer sind jedoch verpflichtet, für eine gleichmäßige
Belieferung ihrer Kunden zu sorgen.

Dresden, am 24. August 1920. Der Rat zu Dresden.

Verteilung von Milchföhlspeise

§ 1. Ausweis „A“ der gelben, roten, grünen und blauen
Lebensmittelkarten je ein Päckchen Milchföhlspeise für 80 g.

§ 2. Krankenhäuser, Kliniken Bezugsscheine wie bisher nach
dem Satz in § 1.

§ 3. Anmeldung beim Kleinhändler: 25. oder 26. August

1920. Weitergabe an die Meldestelle: 27. oder 28. Aug. 1920.

§ 4. Als Meldestellen sind eingerichtet:

a) Großbetriebe des Kleinhandels und Großhandlungsgesellschaften
wie bisher,

b) im übrigen die Firmen:

Weger & Wermuth, Friedrichstraße 19; Holm Zupke,
Rosenthalerstr. 2; Maximilian Leipert, Rosenthalerstraße 19;

Otto Kormann, Friedrichstraße 20; Georg Voigt Nachf.,
Steinstr. 9; G. Breitschneider, Schreibergasse 18; Specks & Co.,
Apothekerei „Olivia“, A. Naumann, Kaiser-Wilhelm-
Platz 6.

§ 5. Abgabe an die Verbraucher: 1. September 1920.

§ 6. Zuüberhandlungen: Bundesstaatsverordnung vom 25. Sep-
tember 1915.

Dresden, am 24. August 1920. Der Rat zu Dresden.

Verteilung von Pilzgekörn

§ 1. Abschnitt XI der weißen und Abschnitt II der
gelben Haushaltungskarten A und B je ein halbes Pfund

Pilzgekörn für 2 R. 50 g.

§ 2. Anmeldung beim Kleinhändler: 25. oder 26. August 1920.

§ 3. Als Meldestellen sind eingerichtet:

a) Großbetriebe des Kleinhandels und Großhandlungsgesellschaften
wie bisher,

b) im übrigen die Firmen:

§ 4. W. Schmidt & Co., Neumarkt 12; M. Hennig & Co.,

Junge Dame, 28 Jahre alt,
wirtschaftlich, gut katholisch er-
zogen, sucht **Heirat**
gewünschter Lebensgefährten mit
sicherer Existenz. Erstgemeinte
Absichten erhält unter „A. 11“
postlagernd, Neustadt bei
Görlitz in Sachsen. [1675]

Empfohlene reichhaltige Schuhwarenlager
II. Reparaturwerkstatt - gute
Qualität, gewissenhafte Preise.
Rudolf Dörrschmidt,
Rosenstraße 29b, Ecke Maternstr.

Friseurgehilfe
80 Jahre alt, solid,
südt. Stelle

ebenfalls wo **Eiselerat** nicht
ausgeschlossen ist.

Widrigste Antwort unter „A. 1.
190“ an die Geschäftsstelle d. Bl.
erbeten. [1680]

OH. „H. Sch. 184“

liegt noch in unserer Geschäftsstelle zum Abholen.



Dresdner Dampf-Färberel Erler

führt u. reinkt alles
in kürzester Zeit.

Über 16 Jahre bestehende
und bestempelte
Kleider- und Stoff-Umfärberel

Fernsprecher 19210.
Fabrik und Annahme:
Martin-Luther-Str. 18.

Eigene Geschäfte:
Fritz-Reuter-Straße 8
Alaunstraße 40 [1504]
Leipziger Straße 84
Rosen-Ecke Bartholomäusstr.
Strossener Straße 11.

sofort
2-4 mm Glanz, auch an
Wiedererkäufer liefert

Max Poppel,
Rohrmühlefabrik,
Dresden, Zillenstraße 5

Herrenstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Sportstoffe
Futterstoffe

Villard, Pult, Wagen, Ulti-
formtuhe, Manchestercord,
Altartuche

empfiehlt
Hermann Börschel

1890 Tuchläger
Dresden-A., Scheffelstr. 19

Begründet 1888

Raucher dank!

Das sicherste Mittel, das
Rauchen ganz oder teilweise
einschaffen. Wirkung vor-
bläuffend. Auskunft umsonst. [1682]

Versandhaus Urania

München R. 81 Waltherstraße 88

Bei Schlaflosigkeit
gegen alle Neurosen des Nerven-
systems, besonders bei nervöser
Überreiztheit durch Berufssarbeit,
epileptischen Krämpfen, Hysterie,
nervösen Kopfschmerzen, nervösen
Herzklopfen, Neurosthenie, Neu-
ralgie nehm' man als vollständig
und sichliches, prompt wirkendes
Mittel. [74]

Blitz Brombaldran-Elixier.

Preis M. 7.50 die Flasche.

Verf.: Grüne Apotheke, Erfurt 209

Wie verhält ich? Wie
verkürze ich den Ver-
lauf der

Maul- u. Klapenseuche?

Verlangen Sie noch
heute umsonst Prosp. v.

Dr. Roeber, Bautzen II. [1683]

Stuhlflechtröhr

sofort

2-4 mm Glanz, auch an
Wiedererkäufer liefert

Max Poppel,
Rohrmühlefabrik,
Dresden, Zillenstraße 5

Stenographie für Kaufleute!

Wir eröffnen Dienstag den 31. August
abends 7 Uhr in Dresden in der Kreuzschule,
Georgplatz 6, Zimmer 43, einen

Anfänger-Kursus

für männliche kaufmännische Angestellte,
Gebühr ohne Lehrmittel Mark 30.00.

Für unsere Mitglieder unterhalten wir Kurse für Wieder-
holung, Fortbildung, Redaktion und Schnellschrift. Eintritt in
letzterer jederzeit möglich. — Man verlange Prospekt.

Anmeldungen erwünscht an Herm. Adam, Dresden-A., Bank-
straße 11, und bei Unterrichtsbeginn.

Kaufmännischer Stenographenverein „Gabelsberger“

H. Döbelin, staatlich gepr. Lehrer der Stenographie,
1646] Dresden-A., Feldherrnstraße 48, III.

Achtung, Zwangsverkäufer!

Aufruhr-Versicherung

mit Einschluß von Bandenkraub (gem. §§ 249, 255 R. G.
G.-V.) und die durch Zwangsverkäufe entstehenden Schäden
gehören zu billigen Gründen

Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Alten- Gesellschaft

Generalagentur Otto Glash, Dresden-A., Vittoriastr. 15, I.

Fernsprecher 13809

Druckschrift: Glashütte Dresden. [1684]

Billigere Weine!

Wenn Sie heute preiswert kaufen wollen, ver-
langen Sie bitte meine neueste

Preisliste,

da bereits wieder ein Anziehen der Winzerpreise, in
folge der immer geringer werdenden Weinertaus-
sichten, zu bemerken ist.

Als besonders empfehlenswert offeriere:

1019er Maikammerer	per FL. & 14.00
1918er Freinsheimer	15.00
1918er Dienheimer Grasweg	16.00
1917er Niersteiner Domtal	18.00
1919er Eichendorfer Honigberg (Boxbeutel)	19.00
1917er Forster Hähnenbühl	21.00
1917er Alshemer Goldberg Spätlesse	23.00
1917er Bopparder Hamm Riesling	25.00
1919er Zeller Rotwein	15.00
1917er Medoc (Bordeaux) hervorragend, voll	22.00
Unger-Weißwein (Rheinwein ähnlich)	14.00
exkl. Glas, Kiste Weinsteuer.	
Vers	